

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gabriele Fograscher, Iris Gleicke, Michael Hartmann (Wackernheim), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

– Drucksache 17/1065 –

Ein Jahr nach dem Amoklauf von Winnenden: Die Wirkung des neuen Waffenrechts

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 11. März 2010 jährte sich zum ersten Mal der Amoklauf von Winnenden, in dessen Verlauf der Attentäter 15 Menschen erschossen hat. Am 25. Juli 2009 traten Neuregelungen des Waffengesetzes in Kraft. Der Jahrestag des Amoklaufs von Winnenden wird zum Anlass genommen, eine Bilanz der vorgenommenen Änderungen des Waffenrechts zu ziehen.

Verstärkung der Kontrollen

1. Wie viele Kontrollen von Waffenbesitzern sind nach § 36 Absatz 3 des Waffengesetzes (WaffG) seit Inkrafttreten der Neuregelungen am 25. Juli 2009 durchgeführt worden (bitte Aufschlüsselung nach Bundesländern, in absoluten Zahlen und im Verhältnis zur Gesamtzahl der legalen Waffenbesitzer in den einzelnen Bundesländern)?
2. Wie viele Verstöße gegen die vorschriftsmäßige Aufbewahrung wurden registriert (Auflistung nach Bundesländern)?
3. Hat die Anzahl der Kontrollen der legalen Waffenbesitzer seit Inkrafttreten der Neuregelung im vergangenen Jahr zugenommen, und wenn ja, um wie viel?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung, aufgrund der Zahlen der Kontrollen und festgestellten Verstöße, auch im Vergleich zur Zeit vor der Neuregelung, die Wirkung der Änderung des § 36 Absatz 3 WaffG?

Die Durchführung des Waffengesetzes (WaffG) liegt in der Zuständigkeit der Länder. Sie sind nicht verpflichtet, statistische Daten zu Kontrollen nach § 36 Absatz 3 WaffG zu erheben oder dem Bund zu den Ergebnissen zu berichten. Es

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 31. März 2010 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

ist jedoch festzustellen, dass alle Länder die zum 25. Juli 2009 in Kraft getretenen Kontrollmöglichkeiten nutzen. Dabei wird unter Berücksichtigung der Zahl der Waffenbesitzer und der zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen stufenweise vorgegangen, indem Waffenbesitzer zunächst aufgefordert werden, soweit noch nicht geschehen, den Nachweis der für eine sichere Aufbewahrung ihrer Waffen und Munition getroffenen Maßnahmen zu erbringen. Danach werden vorrangig diejenigen Waffenbesitzer kontrolliert, die der Aufforderung der Behörde zum Nachweis der sicheren Aufbewahrung nicht oder nicht ausreichend nachgekommen sind, so dass der Verdacht unzureichender Sicherungsmaßnahmen besteht. In Baden-Württemberg z. B. wurden bei etwa 50 Prozent der kontrollierten 1 527 Waffenbesitzer Verstöße gegen die Vorschriften der sicheren Aufbewahrung von Waffen und Munition festgestellt. Im Land Brandenburg hingegen wurden bei rd. 1 500 Kontrollen nur 45 Beanstandungen erfasst.

Ein Vergleich der Kontrollzahlen vor der Rechtsänderung mit Kontrollzahlen seit Inkrafttreten der Neuregelung ist nicht möglich. Kontrollen zur Prüfung der sicheren Aufbewahrung von Waffen oder Munition konnten bis zur Rechtsänderung im vergangenen Jahr auch nur erfolgen, wenn die Waffenbehörde begründete Zweifel an der sicheren Aufbewahrung hatte. Dies war eher die Ausnahme. Seit der Rechtsänderung haben bundesweit Kontrollen stattgefunden, so dass von einer deutlichen Zunahme auszugehen ist.

Mit der Änderung des § 36 Absatz 3 WaffG wurde erreicht, dass Waffenbesitzer stets mit einer unvorhergesehenen Kontrolle der sicheren Aufbewahrung ihrer Waffen und Munition rechnen müssen. Darin sieht die Bundesregierung ein wirksames Instrument, Waffenbesitzer hinsichtlich der sicheren Aufbewahrung anhaltend zu sensibilisieren und Verstöße gegen die Aufbewahrungsvorschriften möglichst frühzeitig aufzudecken.

Sicherung von Waffen und Waffenschränken

5. Wann wird die Bundesregierung die Vorschriften über die Aufbewahrung von Waffen und Munition (§§ 13, 14 der Allgemeinen Waffengesetz-Verordnung) der Neufassung des § 36 Absatz 5 WaffG anpassen?
6. Welchen konkreten Inhalt bezüglich der mechanischen, elektronischen oder biometrischen Sicherung sowohl der Waffen als auch der Waffenschränke wird die Rechtsverordnung zur Änderung der Allgemeinen Waffengesetz-Verordnung haben?

Das Bundesministerium des Innern beabsichtigt, noch in diesem Jahr von der Ermächtigung Gebrauch zu machen.

7. Wie können diese Anforderungen nach den Vorstellungen der Bundesregierung durchgesetzt und kontrolliert werden?

Die Durchführung des Waffengesetzes liegt in der Zuständigkeit der Länder. Alle Regelungen zur Erhöhung der sicheren Aufbewahrung von Waffen und Munition sind von den Ländern durchzusetzen und zu kontrollieren.

8. Wie groß ist derzeit das Angebot an biometrisch direkt gesicherten Waffen (d. h. in die Waffe eingebaute biometrische Sicherung, sog. Smart Guns) auf dem deutschen Markt?

In Deutschland sind keine biometrisch direkt gesicherten Waffen (sogenannte Signaturwaffen) zugelassen, die über das Erkennen eines biometrischen Merkmals des berechtigten Nutzers (z. B. Fingerabdruck) funktionieren. Dasselbe gilt für sogenannte Smart Guns, die keine biometrische Komponente enthalten sondern über einen Funk- oder Infrarotkontakt zwischen einer speziellen Armbanduhr und der Waffe des Schützen freigeschaltet werden.

Getrennte Aufbewahrung

9. Ist die Bundesregierung, nachdem sie in ihrem Bericht zum Beschluss des Bundesrates zum Vierten Gesetz zur Änderung des Sprengstoffgesetzes eingeräumt hat, dass „die strikte Trennung von Waffe und Munition [...] eine effektive Möglichkeit zur Verhinderung einer Waffennutzung durch Nichtberechtigte“ ist (auf Bundesratsdrucksache 577/09 (Beschluss), S. 5), der Auffassung, dass eine solche „strikte Trennung“ nur dann gegeben ist, wenn entweder die Waffe oder die Munition außerhalb des Haushaltes des Eigentümers aufbewahrt wird (beispielsweise in den Schützenhäusern der Schützenvereine), und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat in ihrem Bericht an den Bundesrat bekräftigt, dass schon die geltenden Regelungen zur Trennung von Waffe und dazugehöriger Munition im Rahmen der Aufbewahrungsvorschriften in privaten Haushalten eine effektive Möglichkeit sind, die Nutzung einer Waffe durch Nichtberechtigte zu verhindern.

Die Frage der zentralen Aufbewahrung von Waffen oder Munition wurde im Rahmen der Gesetzesänderungen in den Jahren 2002 und 2009 eingehend erörtert. Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Auffassung, dass eine höhere Sicherheit mit vertretbarem Aufwand erreicht werden kann, wenn die Anforderungen an die Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition in privaten Haushalten weiter erhöht werden. Dies ist mit der Umsetzung der Rechtsverordnung zu § 36 Absatz 5 WaffG vorgesehen.

IPSC-Schießen

10. Hat die Bundesregierung, nachdem sie in der Entschließung des Deutschen Bundestages zur Änderung des Sprengstoffgesetzes (Bundestagsdrucksache 16/13423, S. 7 ff.) im Hinblick auf Schießsportdisziplinen wie das IPSC-Schießen (Schießen mit Bewegungselementen) unter Nummer 2.4 aufgefordert worden war, „gemeinsam mit den Schießsportverbänden und unter Nutzung des Sachverständigenrates des Fachbeirates Schießsport Lösungsmöglichkeiten zu erörtern und zeitnah umzusetzen“, solche Gespräche geführt?
11. Was sind die Ergebnisse dieser Gespräche?
12. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesen Gesprächen und Beratungen?

Das Bundesministerium des Innern hat das IPSC-Schießen nochmals überprüft.

Das in Deutschland genehmigte IPSC-Schießen unterscheidet sich sowohl in der Planung als auch in der Durchführung und Ausgestaltung grundlegend vom Verteidigungsschießen oder kampfmäßigen Schießen, bei denen einsatztaktische

Elemente eine wesentliche Rolle spielen. Nach der geltenden Rechtslage ist kampfmäßiges Schießen verboten. Das in Deutschland genehmigte IPSC-Schießen berücksichtigt die Vorgaben des § 7 AWaffV. Die von IPSC-Schützen trainierte Fähigkeit, nach einer körperlichen Beanspruchung durch Laufen innerhalb kurzer Zeit viele Schüsse mit einer gewissen Präzision abzugeben, wird auch bei anderen Schießdisziplinen (z. B. Biathlon) verlangt. Für den Missbrauch von Schusswaffen, gerade auch für Amoktaten, werden keine speziellen Fertigkeiten benötigt. Belastbare Erkenntnisse, dass IPSC-Schützen in Deutschland entgegen dem geltenden Regelwerk und insbesondere unter Verstoß gegen § 7 AWaffV unzulässige Schießübungen durchführen, liegen nicht vor.

Das Ergebnis der Prüfung wurde mit Verbänden und einzelnen Mitgliedern des Beirats für schießsportliche Fragen beraten. Dies soll auch weiter geschehen.

Großkalibrige Waffen

13. Welchen Schaden für den Schießsport befürchtet die Bundesregierung bei einem Verbot großkalibriger Kurzwaffen angesichts der Tatsache, dass diese in keiner olympischen Disziplin verwendet werden?

Deutschland ist im Schießsport auch außerhalb der wenigen olympischen Disziplinen bei internationalen Wettkämpfen vertreten. Die erfolgreiche Teilnahme an solchen internationalen Leistungsvergleichen setzt voraus, dass sich die Teilnehmer aufbauend auf dem nationalen Breitensport und nationalen Wettkämpfen qualifizieren können.

Ein generelles Verbot des privaten Umgangs mit großkalibrigen Kurzwaffen, sofern diese nicht bei olympischen Disziplinen zum Einsatz gelangen, wird immer wieder thematisiert. Die Waffenrechtsexperten des Bundes und der Länder haben aber bei ihrer Suche nach waffenrechtlichen Lösungen, die für die Zukunft eine Tat wie in Winnenden erschweren, ein Verbot aller Waffen außerhalb der olympischen Disziplinen nach intensiver Prüfung nicht weiter verfolgt.

Selbst eine Reduzierung des Waffenbestandes im Schießsport auf so genannte Kleinkaliberwaffen brächte keinen tatsächlichen Sicherheitsgewinn, da auch mit diesen Waffen tödliche Verletzungen herbeigeführt werden können.

14. Ist der Bundesregierung bekannt, dass der Bund Deutscher Kriminalbeamter ein Verbot großkalibriger Kurzwaffen für die private Nutzung fordert (Beschluss des Bundesdelegiertentages vom Oktober 2009)?
15. Wie gedenkt die Bundesregierung mit dieser Forderung umzugehen?

Die Forderung des Bundes Deutscher Kriminalbeamter ist schon seit längerer Zeit bekannt.

Die Bundesregierung sieht für weitere Restriktionen im Schießsport derzeit keine Notwendigkeit. Die mit der letzten Änderung des Waffengesetzes erlassenen Vorschriften – insbesondere zur Altersgrenze – stellen eine ausreichende Grundlage dar, um insbesondere Jugendlichen den Zugang zu Waffen zu erschweren und sicherzustellen, dass nur der Berechtigte Zugang zu Waffen hat. Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

Amnestieregelung

16. Wie viele unerlaubt besessene Waffen wurden aufgrund der Amnestieregelung des § 58 Absatz 8 Satz 1 WaffG bis Ende 2009 abgegeben?
17. Wie viele dieser Waffen wurden bisher vernichtet?

Was geschieht mit den übrigen abgegebenen unerlaubt besessenen Waffen?

Die Amnestieregelung des § 58 Absatz 8 Satz 1 WaffG hat bis Ende 2009 zur bundesweiten Abgabe von mehr als 200 000 Waffen bei Waffenbehörden und Polizeidienststellen der Länder geführt. Die Länder sind nicht verpflichtet, statistische Daten vorzuhalten.

Abgegebene Waffen werden grundsätzlich vernichtet. Nur in wenigen Einzelfällen sollen Waffen in den Waffenbestand eines Landeskriminalamtes oder historisch besonders wertvolle Waffen in Sammlungen aufgenommen werden. Die Erfassung und Überprüfung aller im Zuge der Amnestie abgegebenen Waffen ist noch nicht abgeschlossen.

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*